

Straßenbauverwaltung: Aachener Stadtbetrieb

Straßenklasse und Nr.: _____

Streckenbezeichnung: _____

Baumaßnahme/Bauwerk: _____

Sanierung Stützwand S156-G H am Friedhof St. Laurentius

Bauwerks-Nr. (ASB-ING): _____

Träger der Baumaßnahme: _____

Aachener Stadtbetrieb

Baubeschreibung

Inhaltsverzeichnis

1	ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DER LEISTUNG	3
1.1	AUSZUFÜHRENDE LEISTUNGEN	3
1.2	AUSGEFÜHRTE VORARBEITEN	5
1.3	AUSGEFÜHRTE LEISTUNGEN	5
1.4	GLEICHZEITIG LAUFENDE BAUARBEITEN	5
1.5	MINDESTANFORDERUNGEN FÜR NEBENANGEBOTE	5
1.6	MINDESTANFORDERUNGEN FÜR DIE URKALKULATION	5
2	ANGABEN ZUR BAUSTELLE	5
2.1	LAGE DER BAUSTELLE	5
2.2	VORHANDENE ÖFFENTLICHE VERKEHRSWEGE	5
2.3	ZUGÄNGE, ZUFAHRTEN	6
2.4	ANSCHLUSSMÖGLICHKEITEN AN VER- UND ENTSORGUNGSLEITUNGEN	6
2.5	LAGER- UND ARBEITSPLÄTZE	6
2.6	GEWÄSSER	6
2.7	BAUGRUNDVERHÄLTNISSE	6
2.8	SEITENENTNAHMEN UND ABLAGERUNGSSTELLEN	8
2.9	SCHUTZBEREICHE UND -OBJEKTE	8
2.10	ANLAGEN IM BAUBEREICH	9
2.11	ÖFFENTLICHER VERKEHR IM BAUBEREICH	9
3	ANGABEN ZUR AUSFÜHRUNG	9
3.1	VERKEHRSFÜHRUNG; VERKEHRSSICHERUNG	9
3.2	BAUABLAUF	10
3.3	WASSERHALTUNG	10
3.4	BAUBEHELFE	10
3.5	STOFFE, BAUTEILE	11
3.6	ABFÄLLE	11
3.7	WINTERBAU	12
3.8	BEWEISSICHERUNG	12
3.9	SICHERUNGSMASSNAHMEN	12
3.10	BELASTUNGSANNAHMEN (Ingenieurbauwerke)	12
3.11	VERMESSUNGSLEISTUNGEN, AUFMASSVERFAHREN	12
3.12	PRÜFUNGEN	12
3.13	ZUSAMMENFASSENDE ANGABEN FÜR DIE ERARBEITUNG DES SICHERHEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZPLANES (Sige-Plan)	13
3.14	ARBEITS- UND UMWELTSCHUTZ	13
4	AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN	13
4.1	VOM AUFTRAGGEBER ZUR VERFÜGUNG GESTELLTE AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN	13
4.2	VOM AUFTRAGNEHMER ZU ERSTELLENDEN ODER ZU BESCHAFFENDEN AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN	13
5	BESONDERHEITEN	15
5.1	DENKMALSCHUTZ	15
5.2	BODENDENKMALPLEGE	16
5.3	FRIEDHOF	16
6	ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VERTRAGSBEDINGUNGEN FÜR TIEFBAUARBEITEN (ZTVT)	17

1 ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DER LEISTUNG

Die Stützmauer mit der Bezeichnung S156-G befindet sich auf dem Friedhof in Laurensberg, unterhalb der Kirche St. Laurentius. Sie liegt innerhalb des denkmalgeschützten Bereichs des Friedhofs.

Die Mauer dient der Sicherung des Geländesprungs zwischen dem oberen und dem unteren Friedhofsareal.

Die sichtbaren Außenflächen sind in Natursteinmauerwerk ausgeführt. Oberhalb der Mauer verläuft eine Natursteinbrüstung, auf deren Innenseite ein Geländer montiert ist. Die Abdeckung der Brüstung erfolgt durch Natursteinplatten.

Art der Maßnahme

Die Ausschreibung ist wie folgt gegliedert:

1. 1 Allgemeines/Hilfsleistungen
1. 2 Abdichtungsarbeiten
1. 3 Instandsetzung Ansichtsflächen / Mauerwerksarbeiten
1. 4 Geländer- Brüstungsarbeiten

1.1 AUSZUFÜHRENDE LEISTUNGEN

1.1.1 Ingenieurbauwerke

Allgemeine Beschreibung des Leistungsumfanges

Die auszuführenden Leistungen umfassen insbesondere:

1. **Nachträgliche vertikale Abdichtung des Mauerwerks**
Ausführung durch Flächeninjektion gemäß den anerkannten Regeln der Technik einschließlich aller erforderlichen Vorbereitungs- und Nebenarbeiten.
2. **Ausbau und Entsorgung des bestehenden Fugenmaterials**
Sorgfältiges Entfernen des Altmaterials sowie Austausch einzelner schadhafter Natursteine, einschließlich Anpassungs- und Versetzarbeiten.
3. **Neuherstellung der Mauerwerksfugen**
Vollständige Neuverfugung des gesamten Mauerwerks unter Beachtung der geforderten Mörtelqualitäten und Fugenprofile.
4. **Kontrolle und Dokumentation von Bewegungen / Verformungen**
Lieferung und fachgerechtes Anbringen von Gipsmarken zur bauzeitlichen Überwachung, einschließlich regelmäßiger Kontrolle und Dokumentation.
5. **Instandsetzung des vorhandenen Geländers**
Reparatur und Ertüchtigung des bestehenden Geländers sowie Ergänzung fehlender Geländerelemente einschließlich Befestigungsmaterialien und aller Nebenleistungen.

Art und Umfang (Statisches System, Hauptabmessungen, Zwangspunkte)

Für die geplanten Arbeiten ist eine abschnittsweise Instandsetzung vorgesehen. Ziel der Maßnahme ist die Wiederherstellung der baulichen und funktionalen Integrität unter Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Anforderungen.

Erdarbeiten

Erdarbeiten werden im geringen Umfang für die Herstellung der Fundamentierung der Arbeitsgerüste, der Einzelfundamente, Geländer und den Entwässerungstreifens erforderlich. Hierbei sind die Vorgaben der Bodendenkmalpflege einzuhalten.

Entwässerung

Für die Entwässerung wird ein Entwässerungstreifen auf dem oberen Friedhof zusätzlich hergestellt. Das Niederschlagswasser soll so von der Wand weggeführt werden und versickern.

Abdichtung

Die Abdichtung der Stützwand von der Erdseite erfolgt durch eine Flächeninjektion.

Ausstattung

Für das Geländer sind zwei unterschiedliche Vorgehen vorgesehen:

1. Bestandsgeländer
Reinigung des Geländers über die gesamte Länge, sodass vorhandene Korrosionsstellen vollständig sichtbar werden und anschließend fachgerecht entfernt werden können.
Ggf. Wiederherstellung fehlender Elemente nach dem Vorbild des historischen Bestands, um das ursprüngliche Erscheinungsbild zu bewahren.
Erneuerung von Geländerverankerung
2. Neues Geländer:
neue Herstellung von einem Rohrgeländer im Bereich B (gem. Blatt-Nr. 02) neue Herstellung Geländer (Optik mit Bestand) auf Punktfundamenten nach RiZ Ing. Gel 7

Korrosions- und Oberflächenschutz

Der Korrosionsschutz ist entsprechend der ZTV-ING sowie Vorgaben des AG

Abbrucharbeiten

Es sind Abbrucharbeiten vom Geländer im Bereich A und C erforderlich

1.1.2 Landschaftsbau

Im Zuge der Maßnahme sind hierzu nur Leistungen geringen Umfangs zu erbringen.

1.1.3 Auftraggeberaufgaben nach Baustellenverordnung

Vorankündigung

Erfolgt durch AN, siehe LV

Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan erstellen und anpassen

Erfolgt durch AN, siehe LV

Unterlage nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 Baustellenverordnung erstellen (Art und Umfang)

Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator während der Ausführung des Bauvorhabens stellen (Art und Umfang)

Siehe Erläuterungen in Ziffer 4.2 der Baubeschreibung!

1.1.4 Erläuterung zu den OZ des Leistungsverzeichnisses

Die Erläuterungen befinden sich im Langtextverzeichnis vor den zugehörigen Ordnungszahlen (OZ) als Hinweise zur OZ.

Dem Leistungsverzeichnis (Langtext) ist zu entnehmen, wenn negative Einheitspreise zugelassen werden. Die ausgewählten Positionen erhalten den Hinweistext zur OZ: „Negativer Einheitspreis ist zugelassen.“

1.2 AUSGEFÜHRTE VORARBEITEN

Entfällt

1.3 AUSGEFÜHRTE LEISTUNGEN

Es wurden im Vorfeld keine für das Bauvorhaben relevanten Leistungen ausgeführt.

1.4 GLEICHZEITIG LAUFENDE BAUARBEITEN

Es sind keine gleichzeitig laufenden Bauarbeiten seitens AG geplant.

1.5 MINDESTANFORDERUNGEN FÜR NEBENANGEBOTE

Nebenangebote für die Verkürzung der Einzelfrist für die Verkehrsbeeinträchtigung sind erwünscht.

Bei der Wertung dieser Nebenangebote werden die Vorteile berücksichtigt, die sich aus der zeitlichen Verkürzung der Verkehrsbeeinträchtigung ergeben.

1.6 MINDESTANFORDERUNGEN FÜR DIE URKALKULATION

Sämtliche Leistungen des Angebotes sind in einer zusammenhängenden, einheitlichen Urkalkulation darzustellen. Aus der Urkalkulation müssen für die im Angebot enthaltenen Einheitspreise folgende Preisbestandteile unmittelbar ersichtlich sein:

Einzelkosten der Teilleistungen mit Leistungsansätzen (Menge/Zeit), aufgegliedert in alle Kostenarten (insbesondere Lohn und Gehalt, Baustoffe und Bauteile, Rüst-, Schal- und Verbaumaterial, Hilfs- und Betriebsstoffe, Baugeräte und Sonderkosten), Gemeinkostenanteil mit den zugehörigen Umlagefaktoren, aufgeschlüsselt nach Baustellengemeinkosten (BGK), Allgemeine Geschäftskosten (AGK), Wagnis und Gewinn (W+G) bezogen auf die einzelnen Kostenarten.

Weiterhin sind anzugeben:

- Ermittlung der Kalkulationsmittellöhne,
- Ermittlung der Gemeinkosten der Baustelle bei Kalkulation über die Endsumme.

Die Kalkulationen der Nachunternehmer / anderen Unternehmer sind der Urkalkulation beizufügen, spätestens jedoch auf Aufforderung vorzulegen. Der Nachunternehmer / anderen Unternehmer hat seine Kalkulation spätestens bei Bedarf / auf Aufforderung detailliert aufzuschlüsseln.

2 ANGABEN ZUR BAUSTELLE

2.1 LAGE DER BAUSTELLE

Die Baustelle befindet sich auf dem Friedhof in Laurensberg unterhalb der Kirche St. Laurentius.

2.2 VORHANDENE ÖFFENTLICHE VERKEHRSWEGE

Straße

Laurentiusstraße / Vetschauer Str.

2.3 ZUGÄNGE, ZUFAHRTEN

Zur Baustelle

Die Baustelle ist über öffentliche Straßen zu erreichen.

Der Zugang wird auf den Südseite an der Ecke Laurentiusstraße /Vetschauer Str. erfolgen.

Vom Auftraggeber werden keine besonderen Zugänge und Zufahrten zur Baustelle zur Verfügung gestellt. Die Beschaffung und Herrichtung von Zufahrtsmöglichkeiten zur Baustelle ist Sache des Auftragnehmers ebenso wie die laufende Reinigung und Wiederinstandsetzung aller als Zufahrt benutzten Straßen und Wege.

2.4 ANSCHLUSSMÖGLICHKEITEN AN VER- UND ENTSORGUNGSLEITUNGEN

Entfällt

2.5 LAGER- UND ARBEITSPLÄTZE

Lager und Arbeitsplätze sowie Flächen für die Baustelleneinrichtung werden vom Auftraggeber nur teilweise zur Verfügung gestellt. (siehe Blatt 03.1)

Die Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Landschaftsgestaltung, Abschnitt 4, Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen, RAS-LP 4, Ausgabe 1999, sind zu beachten.

- Aufstellen von Baucontainern und Bauwagen und Lagerung von Baustoffen im Wurzelbereich von Bäumen
- Lagerung und Umgang mit umweltgefährdenden Bau- und Betriebsstoffen

Bei der Aufstellung von Baucontainern und Bauwagen ist insbesondere auf die vorgegebenen Abstände zu Bäumen und die Schonung des Bodens und des Wurzelbereiches zu achten. Im Wurzelbereich dürfen u. a. kein Zement, keine Steine, keine Öle und keine Chemikalien gelagert werden (siehe RAS-LP 4, Bild 12).

Plätze für Baustelleneinrichtung

Lagerplätze

Für die Lagerung des Oberbodens werden vom Auftraggeber keine Flächen zur Verfügung gestellt.

2.6 GEWÄSSER

Entfällt

2.7 BAUGRUNDVERHÄLTNISSE

Geologische Verhältnisse, Grundwasser (Baugrundgutachten, Bodenaufschlüsse)

Entfällt

Angaben des Auftraggebers zu den Verwertungsgebieten von Alternativbaustoffen

Bergbauliche Einwirkungen

Angaben des Bauamtes zu den Verwertungsgebieten (von Recycling-Baustoffen, industriellen Nebenprodukten und Hausmüllverbrennungsrückständen) gemäß Gem. RdErl. des Ministeriums für Umwelt u. Naturschutz, Landwirtschaft u. Verbraucherschutz und des Ministeriums für Wirtschaft u. Mittelstand, Energie und Verkehr vom 09.10.2001 und Gem. RdErl. des Ministeriums für Umwelt u. Naturschutz, Landwirtschaft u. Verbraucherschutz und des Ministeriums für Verkehr, Energie u. Landesplanung vom 14.09.2004

Bezeichnung der Bauleistung: <<VertragsNummer>> <<VertragsName>>

Wasserschutzgebiet I oder II, Heilquellenschutzgebiet I o. II liegt

☐ liegt vor,

☒ nicht vor.

Wenn keine örtliche Zuordnung der Angaben zu den Verwertungsgebieten erfolgt, gelten die Angaben für das gesamte Baulos.

+ = vorhanden

- = nicht vorhanden

	Verwertungsgebiete													
	<u>Außerhalb</u>		<u>Innerhalb</u>											
	Wasserwirtschaftlich bedeutender und empfindlicher sowie hydrogeologisch sensibler Gebiete (Spalten 2 – 7)		Wasserwirtschaftlich bedeutender und empfindlicher sowie hydrogeologisch sensibler Gebiete											
			Porengrundwasserleiter und wenig durchlässige Kluftgrundwasserleiter ohne ausreichende Deckschichten ⁴⁾		gut durchlässige Kluftgrundwasserleiter einschl. Karstgrundwasserleiter ohne ausreichende Deckschichten ⁴⁾		20 m breite Randstreifen an kleinen Gewässern ⁵⁾ ; Hochwasser-Retentionsräume ⁶⁾		WSG III B ²⁾ HSG IV ³⁾		WSG III A ²⁾ HSG III ³⁾		Bereich zum Schutz der Gewässer nach Landesplanungsrecht	
ABSCHNITT	1		2		3		4		5		6		7	
	1) GW ≤ 1 GW > 0,1	1) GW > 1	1) GW ≤ 1 GW > 0,1	1) GW > 1	1) GW ≤ 1 GW > 0,1	1) GW > 1			1) GW ≤ 1 GW > 0,1	1) GW > 1	1) GW ≤ 1 GW > 0,1	1) GW > 1	1) GW ≤ 1 GW > 0,1	1) GW > 1
Km bis Km														
Km bis Km														
Km bis Km														

1) GW = Abstand zwischen höchstem Grundwasserstand und Planum / Schüttkörperbasis in m, bezogen auf Planum ☐ *),

bezogen auf Geländehöhe abzüglich Oberboden ☐ *)

2) WSG = Trinkwasserschutzgebiet (festgesetzt und geplant)

3) HSG = Schutzzonen gegen qualitative Beeinträchtigungen von Heilquellen (festgesetzt und geplant)

4) Nicht ausreichend, wenn Deckschicht < 1 m und $k_f > 10^{-7}$ m/s oder < 0,5 m und $k_f > 10^{-8}$ m/s

5) Kleine Gewässer = Gewässer oberläufe mit oberirdischem Einzugsgebiet ≤ 5 km², ausgenommen sind Straßenseitengräben und Gewässerkreuzungen

6) Gebiete zur Rückhaltung von Hochwasserabflüssen

*) wenn zutreffend: + eingetragen

2.8 SEITENENTNAHMEN UND ABLAGERUNGSSTELLEN

Die Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Landschaftsgestaltung, Abschnitt 4, Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen, RAS-LP 4, Ausgabe 1999, sind zu beachten.

- Aufschüttungen im Bereich von Bäumen
- Bodenabtrag

Auf einen Bodenauftrag im Wurzelbereich sollte generell verzichtet werden. Bei unvermeidlichem Bodenauftrag im Wurzelbereich ist ein Mindestabstand vom Stamm einzuhalten und es sind weitergehende Maßnahmen vorzusehen (siehe Bilder 7 und 9).

Bei Bodenabtrag ist der Wurzelbereich auszusparen, ist der Bodenabtrag unvermeidbar, so sind geeignete Maßnahmen vorzusehen (siehe RAS-LP 4, Bilder 10, 15 und 16).

2.9 SCHUTZBEREICHE UND –OBJEKTE

Bäume und Flurgehölze

Die Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Landschaftsgestaltung, Abschnitt 4, Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen, RAS-LP 4, Ausgabe 1999, sind zu beachten.

- Bodenauftrag und Bodenabtrag im Bereich von Bäumen
- Vermeidung weiterer Schäden an Bäumen und Sträuchern

Auf einen Bodenauftrag im Wurzelbereich sollte generell verzichtet werden. Bei unvermeidlichem Bodenauftrag im Wurzelbereich ist ein Mindestabstand vom Stamm einzuhalten und es sind weitergehende Maßnahmen vorzusehen (siehe Bilder 7 und 8).

Bei Bodenabtrag ist der Wurzelbereich auszusparen. Ist der Bodenabtrag unvermeidbar, so sind geeignete Maßnahmen vorzusehen (siehe RAS-LP 4 Bilder 10, 15 und 16).

Auch Bodenverdichtungen im Umfeld der Bäume und Flurgehölze sollten vermieden werden. Die Verschmutzung des Wurzelbereiches, z. B. durch Öl, Teer, Zement, Salze, Säurereste und Farben ist zu vermeiden, da sie häufig zum Absterben der Bäume führen kann. Auch die Beschädigung der Bäume und Flurgehölze an den oberirdischen und unterirdischen Pflanzenteilen durch Fahrzeuge oder andere mechanische Einwirkungen kann zu irreversiblen Schäden führen und ist deshalb zu vermeiden.

Denkmale

Im Falle größerer Befunde kann die Bearbeitung und Dokumentation nicht allein durch die Stadtarchäologie erfolgen. Dann muss der Vorhabenträger die wissenschaftliche Untersuchung, die Bergung von Funden und die Dokumentation der Befunde sicherstellen. Die Kosten hierfür sind im Rahmen des Zumutbaren vom Vorhabenträger zu tragen (§ 27 Abs.1 DSchG NRW). Zur Umsetzung der archäologischen Untersuchung sind die Beauftragung einer archäologischen Fachfirma sowie die Beantragung einer Grabungsgenehmigung nach § 15 Abs.1 DSchG NRW bei der Oberen Denkmalbehörde (Bezirksregierung Köln) notwendig.

Die Genehmigung ist der UDB der Stadt Aachen vor Beginn der Erdarbeiten vorzulegen.

Beim Auftreten besonders bedeutender Bodendenkmäler ist mit deren Unterschutzstellung und damit einhergehend deren Erhalt in situ zu rechnen, wenn daran ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. In diesem Fall könnten Umplanungen notwendig werden.

Vermutete Bodenfunde

Bei Auffinden von archäologischen Bodenfunden sind die Arbeiten (im betroffenen Bereich) einzustellen und die örtliche Bauüberwachung des AG's unverzüglich zu benachrichtigen.

2.10 ANLAGEN IM BAUBEREICH

Entfällt

2.11 ÖFFENTLICHER VERKEHR IM BAUBEREICH

Der Baustellenbereich ist außerhalb von Straßenverkehr

3 ANGABEN ZUR AUSFÜHRUNG

Generell sind die Bauarbeiten ausgehend von einer 6 Tage Woche und von einer täglichen Arbeitszeit unter Ausnutzung des Tageslichtes abzuwickeln. Besonders während der Verkehrsbeschränkungsfrist ist der Auftragnehmer angehalten seinen Bauablauf so zu optimieren, dass die zeitliche Beeinträchtigung für die Verkehrsteilnehmer so gering wie möglich ist.

Bautagesberichte

Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können.

Dies sind insbesondere:

- Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit,
- Witterung (Temperaturen, Niederschlagsmengen, Luftfeuchtigkeit),
- Anzahl und Qualifikation der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,
- eingesetzte Nachunternehmer/andere Unternehmer,
- Anzahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
- Anlieferung von Hauptbaustoffen,
- Art, Umfang und Ort (Station, Bauteil) der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierzeiten und dergleichen),
- Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
- Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
- Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.

3.1 VERKEHRSFÜHRUNG; VERKEHRSSICHERUNG

Allgemeines

Im Bereich der Zufahrt zum unteren Friedhof ist die Zugänglichkeit für die Bauzeit zu gewährleisten. Die Wegbreite ist min 3,0m an jeder Stelle zu gewährleisten.

Aufrechterhaltung des Verkehrs

Nach Auftragserteilung hat der Auftragnehmer die Einzelheiten der Verkehrsregelung mit dem AG abzustimmen.

Die Beschilderung hat fortlaufend mit der Baumaßnahme zu erfolgen. Die Aufstellung der Schilder ist dem Straßenverkehrsamt gemäß § 45 StVO anzuzeigen. Die Verpflichtung des Auftragnehmers gemäß Abs. 1 dieser vertraglichen Bestimmung besteht bis zur vertragsgerechten und vollständigen Erfüllung des Bauvertrages einschl. aller Nebenarbeiten.

Bei der Ausführung von Nebenarbeiten nach Beendigung der Deckenarbeiten (Herstellung von Banketten pp) endet die Verpflichtung des Auftragnehmers daher erst mit vollständiger Räumung der Baustelle.

Eine Unterbrechung der Bauarbeiten befreit den Auftragnehmer nicht von dieser Verpflichtung. Während der Bauzeit sind die Zugänge und Zufahrten freizuhalten und prov. anzuschließen. Fahrbahnanrampungen sind sicher und verkehrsgerecht auszubilden.

- Ergebnis der Verhandlung mit dem Straßenverkehrsamt
- Berücksichtigung des Buslinienverkehrs
- Einsatz von Lichtsignalanlagen usw.

Einzelheiten der Verkehrsregelungen sind noch mit dem
E18/GB 530 Brückenbau
E19/GB 430 Friedhofswesen
und dem AG
abzustimmen.

Nachtbaustellen

Nicht vorgesehen.

3.2 BAUABLAUF

Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten

Grundsätzlich bleibt die Wahl des Arbeitsablaufs dem AN überlassen.

Die in den Ausschreibungsunterlagen definierten Randbedingungen und Einschränkungen sind dabei uneingeschränkt zu berücksichtigen und umzusetzen.

Zusammenwirken mit anderen Unternehmen

Wird der Auftragnehmer auch mit der Durchführung von Arbeiten für Leitungsverlegungen der Versorgungsträger beauftragt, so müssen diese Arbeiten ebenfalls in der o. a. festgelegten Bauzeit durchgeführt werden.

Im Rahmen der Herstellen des Entwässerungstreifen und der Fundamente für das Geländer müssen Beleuchtungskabel umgelegt werden. Diese Arbeiten werden von der Regionetz ausgeführt. Die Abstimmung erfolgt durch den AN.

3.3 WASSERHALTUNG

Entfällt

3.4 BAUBEHELFE

Allgemeines

Die Ausführungsunterlagen zu den Baubehelfen (Statische Berechnung, Konstruktionspläne) liefert der AN, die Kosten sind in die betreffenden Positionen einzurechnen, eine gesonderte Vergütung hierfür erfolgt nicht.

Arbeitsgerüste und Schutzgerüste

Für die Gesamte Maßnahme ist der Arbeitsschutz einzuhalten. Hierzu sind insbesondere für die Arbeiten an der Ansichtsfläche Arbeitsgerüste erforderlich. Die Wahl des Systems und die Herstellung von Schutzmaßnahmen ist nach Wahl des AN.

Die Ausführungsunterlagen zum Arbeitsgerüsten sind in geprüfter Form dem AG vor Ausführung vorzulegen.

Örtlichen Bauabnahmen erfolgt durch den AN.

3.5 STOFFE, BAUTEILE

3.5.2 Ingenieurbauwerke

Alle Vorgaben sind den Planunterlagen (Blatt 01 bis Blatt 04) zu entnehmen.
Zusätzlich sind die Vorgaben nach Ziffer 3.14 einzuhalten.

3.6 ABFÄLLE

3.6.1 Allgemeines

Der AN hat sämtliche anfallenden Abfälle in eigener Verantwortung nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zu entsorgen.

Bei der Verwertung in einer Deponie, die keine entsprechende Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb hat, muss der Auftragnehmer sicherstellen, dass rechtzeitig vor Beginn der Entsorgung die behördliche Bestätigung für den Entsorgungsnachweis vorliegt.
Bei einer Verwertung außerhalb von NRW sind die jeweiligen länderspezifischen Regelungen (z.B. Andienungspflichten) zu beachten.

Bei der Entsorgung von Strahlschutt aus Korrosionsschutzmaßnahmen gelten die ZTV-ING Teil 4, Abschnitt 3.

Sofern gemäß den Festlegungen in ZTV-ING Teil 4, Abschnitt 3 der AN Abfallerzeuger ist, hat er den Strahlschutt in eigener Verantwortung zu entsorgen.

3.6.2 Nachweisverfahren

Der AN hat die erforderlichen Nachweise des Abfallerzeugers gemäß Nachweisverordnung (NachwV) gegenüber dem AG zu erbringen. Die diesbezüglichen Kosten sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Für die in der Tabelle aufgeführten nicht gefährlichen Abfälle hat der AN für jede Abfallart Nachweise zu erstellen. Diese Nachweise müssen u.a. Angaben über die Abfallart, die Menge (aufgemessen auf der Baustelle), die Art der Entsorgung, das Datum, Name und Anschrift des AN beinhalten. Für den Nachweis sind Formblätter nach dem vom Auftraggeber vorgegebenen Muster zu verwenden. Der Auftragnehmer hat die Formblätter in der erforderlichen Anzahl zu liefern.

Bei gefährlichen Abfällen ist ein Entsorgungsnachweis gemäß NachwV zu führen. Der AN hat sicherzustellen, dass

- der Entsorgungsnachweis als Vorlage erstellt wird und dem AG rechtzeitig elektronisch zugestellt wird.
- die Begleitscheine als Vorlagen erstellt werden und dem AG rechtzeitig, mindestens 3 Arbeitstage in der zeitnah erforderlichen Anzahl vor der Entsorgung elektronisch zugestellt werden.
- die Begleitscheine vollständig mit den Angaben zum Abfallentsorger, -beförderer und -erzeuger sowie der geschätzten Menge ausgefüllt sind. Das Datum der Übergabe darf nur nach vorheriger Absprache mit der Bauüberwachung eingetragen werden. Übernahme- und Annahmedatum bleiben in den Vorlagen unausgefüllt.
- der Beförderer einen Ausdruck des Begleitscheines beim Transport mit sich führt.

Die Erzeugernummer (ERZ-Nr.) lautet: _____

Der AN hat sicherzustellen, dass der Entsorgungsnachweis rechtzeitig an die zuständige Behörde gesendet wird.

Verzögerungen, die durch ein Nichtbeachten der vorstehenden Regelungen oder eine nicht ordnungsgemäße Anwendung des elektronischen Abfallnachweisverfahrens entstehen, gehen zu Lasten des AN.

Übersicht über die Abfälle mit Nachweisverfahren

OZ.	gefährliche Abfälle	nicht gefährliche Abfälle
.....		
.....		
.....		

3.6.3 Transportgenehmigung

Gefährliche Abfälle dürfen nur mit einer Transportgenehmigung bzw. mit einer Erlaubnis gemäß § 54 (1) des KrWG befördert werden.

Auf Anforderung ist die Transportgenehmigung bzw. Erlaubnis vorzulegen.

Eine Transportgenehmigung bzw. Erlaubnis ist nicht erforderlich, wenn der Beförderer ein anerkannter Entsorgungsbetrieb ist, der für das Befördern des jeweiligen Abfalls zertifiziert ist.

3.7 WINTERBAU

Nicht vorgesehen.

3.8 BEWEISSICHERUNG

Erfolgt durch AN, siehe LV

3.9 SICHERUNGSMASSNAHMEN

Entfällt

3.10 BELASTUNGSANNAHMEN (Ingenieurbauwerke)

Entfällt

3.11 VERMESSUNGSLEISTUNGEN, AUFMASSVERFAHREN

Entfällt

3.12 PRÜFUNGEN

Eignungsprüfungen

Eigenüberwachungsprüfungen

Die Eigenüberwachungsprotokolle gemäß ZTV FRS Abschnitt 4.2 sind bei der Abnahme zur Einsicht vorzulegen.

Kontrollprüfungen (Ingenieurbauwerke)

Beton, Stahlbeton

Stahl

Die Werke, in denen die Fertigung der Metallteile und des Korrosionsschutzes erfolgt, hat der AN dem AG innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zuschlagserteilung schriftlich und verbindlich mitzuteilen. Sollte sich der Aufwand für die Kontrollprüfungen durch Verschulden des AN nachweislich erhöhen, so sind die dadurch entstandenen Mehrkosten durch den AN zu tragen.

Muster für Bauteile

Im Rahmen der Ausführung sind folgende Muster in zugehörigen LV-Positionen einzurechnen:

- Bemusterung der Mauerwerkssteine
- Musterflächen für das Fugenmaterial
- Musterfläche für die Abdichtung
- Farbmuster Geländerbeschichtung

3.13 ZUSAMMENFASSENDE ANGABEN FÜR DIE ERARBEITUNG DES SICHERHEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZPLANES (Sige-Plan)

Enfällt

3.14 ARBEITS- UND UMWELTSCHUTZ

Das nach dem Stand der Technik geforderte Arbeitsschutz- und Umweltschutzniveau ist einzuhalten und in die Einheitspreise der entsprechenden Positionen einzurechnen.

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß zu beschränken.

4 AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN

4.1 VOM AUFTRAGGEBER ZUR VERFÜGUNG GESTELLTE AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN

Pläne (Lage-, Höhen-, Querschnitts-, Bauwerks-, Detailpläne, Vermessungsunterlagen)

Die hier vorliegenden Ausschreibungsunterlagen einschließlich der zugehörigen Anlagen.

Anlagenverzeichnis:

Unterlage 1: Baubeschreibung

Unterlage 2: Leistungsverzeichnis

Unterlage 3: Entwurfsplanung

4.2 VOM AUFTRAGNEHMER ZU ERSTELLENDEN ODER ZU BESCHAFFENDEN AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN

Baustelleneinrichtungsplan

Der Auftragnehmer legt spätestens 15 Arbeitstage nach Auftragserteilung den Baustelleneinrichtungsplan in 3.-facher Ausfertigung dem Auftraggeber zur Zustimmung (Kenntnisnahme) vor.

Aus dem Baustelleneinrichtungsplan sind nicht nur die vorgesehene Art der Einrichtung, sondern auch die vorgesehene Ausbildung der Zufahrt zur Baustelle vom vorhandenen Straßennetz und die vorgesehene Abführung des Schmutzwassers erkennbar.

Der Auftragnehmer holt vor Abgabe des Baustelleneinrichtungsplanes von dem zuständigen Straßenbaulastträger die Zustimmung zu der gewählten Baustellenzufahrt und von den Wasseraufsichtsbehörden die Genehmigung zur vorgesehenen Abführung des Schmutzwassers ein.

Bauzeitenplan

Es ist ein Bauzeitenplan vom Auftragnehmer vorzulegen. In dem Bauzeitenplan werden während der Baudurchführung die Ist-Leistungen den Soll-Leistungen gegenübergestellt.

Außervertragliche Leistungen

In Ergänzung zur VOB/B §§ 1,2 und 4 werden alle nicht vertraglich vereinbarten Leistungen vor Beginn der Ausführung bei der örtlichen Bauüberwachung des AG angemeldet, damit der AG die Möglichkeit hat, diese Leistungen zu erfassen.

Nach Anerkennung einer außervertraglichen Leistung werden folgende Unterlagen erstellt und dem Auftraggeber übergeben ohne hierfür gesonderte Kosten zu berechnen:

- Leistungsbeschreibung (in Anlehnung an den Standardleistungskatalog STLK) in 2-facher Ausfertigung mit Mengenansätzen, Einheitspreisen sowie der Endsumme mit getrennt ausgewiesener Mehrwertsteuer.
- Nachtragskalkulation in 2-facher Ausfertigung mit ausführlich erläuterten Leistungsansätzen von Lohn, Geräten, Materialien und sonstigen Kosten.
- Meldung über Nachunternehmer.

Ausführungspläne, Arbeitsgerüst, Abdichtung

Prüflauf: Nach Eingang der ungeprüften Ausführungsunterlagen beim AG ist seitens des AN eine benötigte Prüfzeit von **ca. 6 Wochen** zu kalkulieren.

Voraussetzung hierfür ist die Richtigkeit und Prüfbarkeit der Unterlagen (wie z. B. vorliegen der Überbaustatik zur Prüfung der Unterbauten und Lager).

Sollten Ausführungsunterlagen nachgereicht werden müssen oder Fehler enthalten, welche eine Überarbeitung seitens des AN erforderlich machen, beginnen die **6 Wochen Prüfzeit** erneut.

Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan

Ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan entsprechend der Baustellenverordnung vor Beginn der Arbeiten vorzulegen.

5 BESONDERHEITEN

5.1 DENKMALSCHUTZ

Allgemein

Die Stützwand befindet sich innerhalb des denkmalgeschützten Bereichs des Friedhofs. Im Rahmen der vorgesehenen Instandsetzungsmaßnahmen sind die einschlägigen Anforderungen und Auflagen der zuständigen Denkmalbehörde verbindlich zu berücksichtigen und umzusetzen.

Während der Bauzeit ist der Unteren Denkmalbehörde jederzeit Zutritt zum Baudenkmal zu gewähren.

Für alle Bauteile, die aufgrund ihrer baulichen und substanziellen Mängel nicht erhalten werden können, muss vor dem Ausbau mit der Unteren Denkmalbehörde eine örtliche Einsichtnahme durchgeführt werden. Es ist eine Abstimmung über die weitere Vorgehensweise zu erzielen. Eine Substanzerneuerung hat grundsätzlich material-, form- und funktionsgerecht zu erfolgen. Die Detailabstimmung mit der UDB ist schriftlich einzureichen.

Abdichtung

Eine Abstimmung mit den Denkmalämtern bezüglich der Zusammensetzung der Injektionsmittel muss vor Ausführung mit den Denkmalämtern erfolgen. Eine mineralische und am Bestand orientierte Zusammensetzung wird vorausgesetzt. Die Injektion selbst wird innerhalb der Mauerstärke angewandt.

Sanierung vom Mauerwerk

Bei der Instandsetzung ist die natürliche Quell- und Schwindfähigkeit des vorhandenen und des neu verwendeten Gesteins zu beachten. Die gewählten Maßnahmen sind entsprechend auf dieses Materialverhalten abzustimmen. Insbesondere bei Mergel ist darauf zu achten, dass die bestehende, verfestigte Außenhaut des Steins soweit wie möglich erhalten bleibt. Eine aggressive Reinigung der Mauerflächen ist daher unzulässig. Die vorhandene, gehärtete Oberfläche ist zu bewahren und darf nicht beschädigt werden.

Reinigungsarbeiten sind auf die Bereiche der zu erneuernden Fugen zu beschränken. Diese können vorsichtig ausgespült werden, um eine ausreichende Flankenhaftung des neuen Fugenmörtels sicherzustellen. Der einzusetzende Fugenmörtel darf nicht hydrophob eingestellt sein, um den kapillaren Feuchte Austausch über die gesamte Mauerfläche zu gewährleisten und eine einseitige Belastung der Steinsubstanz zu vermeiden.

Geländer

Die Geländer sind unter Berücksichtigung des vorhandenen Bestands detailgetreu wiederherzustellen. Sämtliche Materialfestlegungen sowie Mörtelrezepturen sind im Vorfeld mit der zuständigen Denkmalbehörde abzustimmen und freizugeben.

Bemusterungen zur Ausführung

Vor jedem Arbeitsschritt (Reinigung Mauerwerk, Entfernung Fugen, Erneuerung MW, Eintrag Ersatzmörtel, Instandsetzung Geländer etc.) wird eine Musterfläche erstellt und diese wird mit der örtlichen Bauaufsicht auf ihre denkmalpflegerische Eignung geprüft. Die Arbeiten über die Musterfläche hinaus dürfen erst nach der Freigabe durch die Bauleitung erfolgen.

Dokumentation / Qualitätskontrolle

Von dem Bestand und den Sanierungsmaßnahmen ist eine ausführliche Dokumentation anzufertigen. Eine Ausfertigung ist der Denkmalpflege nach Fertigstellung der Maßnahme zu überlassen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, während der gesamten Dauer der Instandsetzung seine Maßnahmen fortlaufend zu dokumentieren.

In einem Bautagebuch sind insbesondere festzuhalten:

Qualität der Untergründe, die applizierten Materialien, die Wetterbedingungen während der Bearbeitungszeit.

Bei Bedenken zur Ausführung, unerwarteten Problemen bei der Durchführung, technisch besseren Alternativen und sonstigen Abweichungen zur Planung ist der AN verpflichtet die örtliche Bauaufsicht sofort zu informieren. Erst nach Klärung und schriftlicher Genehmigung darf mit den Maßnahmen fortgefahren werden.

Schutz von Bauteilen

Je nach Ablauf der eigenen Arbeiten sind die angrenzenden Bauteile und Oberflächen der Wand vor Verschmutzungen und Beschädigungen zu schützen.

Im Einzelnen durch folgende Maßnahmen:

Lieferung, Montage und Vorhaltung geeigneter Abdeckmaterialien während der Bearbeitung wie Gewebefolien, Malerfließ o.ä.; dichte Seitenanschluss sowie sturmsichere Befestigung der Abdeckmaterialien; ggf. Vorkehrungen zum Sammeln von Reststoffen.

5.2 BODENDENKMALPLEGE

Die Arbeiten auf der oberen Seite der Stützwand erfolgen im Bereich bestehender Grabstätten. Aus diesem Grund sind die Angehörigen der betroffenen Gräber vor Beginn der Baumaßnahme über die geplanten Arbeiten zu informieren.

Im Rahmen der Baumaßnahme sind durch den Auftragnehmer (AN) folgende Vorkehrungen verbindlich sicherzustellen:

Beweissicherung und Dokumentation der angrenzenden Gräber vor Beginn und nach Beendigung der Arbeiten.

Schutz der Gräber während der Bauausführung; hierzu ist vor Ausführungsbeginn ein geeignetes Schutzkonzept zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmung der Arbeitswege mit allen Beteiligten (Bauherr, Friedhofsverwaltung, Denkmalpflege, ggf. Kirchenverwaltung) vor Aufnahme der Arbeiten.

Die Überwachung der Erdarbeiten erfolgt durch die Bodendenkmalpflege der Stadt Aachen. Sollten im Zuge der Arbeiten menschliche Überreste und oder Funde zutage treten, ist die Bodendenkmalpflege zu informieren und das weitere Vorgehen abzustimmen.

Bei umfangreicheren Funden ist mit zeitlichen Verzögerungen im Bauablauf zu rechnen.

5.3 FRIEDHOF

Werden Beisetzungen angemeldet sind die Arbeiten für den Zeitraum einzustellen.

6 ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VERTRAGSBEDINGUNGEN FÜR TIEFBAUARBEITEN (ZTVT)

1.00 Allgemeines

Verwandte Abkürzungen

AG = Auftraggeber

AN = Auftragnehmer

OZ=Ordnungszeichen = Position

LB _ Leistungsbeschreibung

LV = Leistungsverzeichnis

VB = Vorbemerkung ZV - Zusätzliche Vertragsbedingungen

- 1.01 Es wird empfohlen, vor Angebotsabgabe die Besonderheiten der Baumaßnahme und die damit evtl. verbundenen Behinderungen, Beeinträchtigungen und Schwierigkeiten für die Ausführung an Ort und Stelle zu prüfen.
- 1.02 Die Absteckung der Achsen und Eigentumsgrenzen erfolgt durch den AG. Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass die festgesetzten Strassenbegrenzungslinie eingehalten werden. Weiter haftet der AN für alle Grenzmerkmale und Pfähle innerhalb des Baustellenbereiches.

Neuvermessungen infolge Beschädigung der Pfähle und Grenzmerkmale gehen zu Lasten des AN. Die bei der Ausführung der Arbeiten vorgefundenen Polygonpunkte mit der Aufschrift "Vermessungsamt" dürfen nur nach Genehmigung durch Bauleitung und nachdem das Vermessungsamt die Polygonpunkte eingemessen hat, entfernt werden. Bei Nichtbeachtung gehen die Vermessungskosten für die Neuvermessung zu Lasten des AN.
- 1.03 Werden bei den Tiefbauarbeiten Einzelbäume oder Baumreihen berührt, so dürfen deren Wurzeln nicht beschädigt oder entfernt werden. Ergeben sich hierdurch Schaden, so haftet der AN für diese Schäden und die daraus entstehenden Kosten.
- 1.04 Bezüglich der erforderlichen Umleitungen, Verkehrssicherungen und -regelungen hat der AN die STVO - hier besonders den § 45 - zu beachten. Siehe Abs. 5.00. Die Beantragung durch den AN hat rechtzeitig zu erfolgen.
- 1.05 Die Durchführung der Arbeiten und die Lagerung der Baustoffe haben so zu erfolgen, dass der Anlieger- und Fußgängerverkehr während der gesamten Bauzeit aufrecht erhalten bleibt und Einrichtungen der Versorgungsträger, wie Hydranten, Schieber, Schächte u. dgl. freigehalten werden. Grundstücks- und Garageneinfahrten der angrenzenden Grundstücke sind nicht länger als unvermeidbar, höchstens aber 3 Tage, unpassierbar zu belassen. Nach dieser Frist ist die Zufahrt durch Erstellung von Brücken oder Rampen wieder herzustellen und bei Dunkelheit oder Nebel zu beleuchten. Einfahrten zu Garagen und Einfahrten mit täglichem Zulieferbetrieb dürfen nur im Einvernehmen mit dem Anlieger - und nur stundenweise - gesperrt werden. Die Kosten sind in die Einzelpreise einzukalkulieren.
- 1.06 Der AG ist berechtigt, die Inangriffnahme oder die vorzugsweise Förderung derjenigen Leistungen zu verlangen, welche er mit Rücksicht auf den Gesamtfortgang der Arbeiten für notwendig oder aus sonstigen Gründen für besonders vordringlich erachtet. Der AN ist verpflichtet mit dritten auf der Baustelle eingesetzten Firmen zusammenzuarbeiten.
- 1.07 Der AN hat bei Hochwasser und Unwetter rechtzeitig Vorsorge für die Sicherung der Baustelle sowie der Geräte, der Baustoffe und der Baustelleneinrichtung zu treffen. Auch hat er, wenn erforderlich, nach Ablauf des Wassers die Baugruben und die übrigen Anlagen ohne Entschädigung wieder trockenzulegen und zu reinigen. Kommt der AN etwaigen Forderungen des AG bezüglich Schutzmaßnahmen nicht nach, so ist der AG berechtigt, diese Maßnahmen in Fällen der Gefahr auf Kosten des AN durchzuführen zu lassen.
- 1.08 Das Betreten von, sowie das Arbeiten bestehenden Kanalanlagen ist dem AN wegen der damit verbundenen Gefahren ohne vorherige Unterweisung über die Sicherheitsbestimmungen durch einen Mitarbeiter der STAWAG-Kanalbauabteilung nicht gestattet. Der AG behält sich vor, offensichtliche Verstöße gegen Sicherheitsbestimmungen der Tiefbauberufsgenossenschaft (TBG) sowie dem staatlichen Amt für Arbeitsschutz (StAfA) zu melden und die Baustelle still zu legen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Unfallverhütungsvorschriften der TBG (UWV) und des Gemeindeunfall-Versicherungsverbandes (GUV), hier insbesondere die BGV A 1 (ehemals VBG 1 allgemeine

Vorschriften) und BGV C 3 (ehemals VBG 54 abwassertechnische Anlagen). die GUV 17.8 (Sicherheitsregeln für Arbeiten in umschlossenen Räumen). zu beachten sind. Der AN ist für die Sicherheit der auf der Baustelle eingesetzten Arbeiter bzw. für die Betriebssicherheit der eingesetzten Geräte verantwortlich. Ebenso muss bei notwendigen Arbeiten in vorhandenen Kanalisationsanlagen ein Gasmess bzw. Gaswarngerät eingesetzt werden.

Darüber hinaus sind die RSA (Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstätten im Straßenraum) anzuwenden.

- 1.09 Erdaufschlüsse und sonstige Handlungen, die die Ergiebigkeit der staatl. anerkannten Heilquellen oder die Beschaffenheit des Heilquellenwassers beeinflussen können, bedürfen der Genehmigung des Regierungspräsidenten (Obere Wasserbehörde). Auf die vorläufige Anordnung über genehmigungspflichtige Handlungen zum Schutze der Heilquellen vom 16.12. 1964 wird hingewiesen.
- 1.10 Den Abrechnungen der Neu- und Umbaumaßnahmen sind Abrechnungszeichnungen i.M. 1:500 bis 1:100 in zweifacher Ausfertigung beizufügen.
- 1.11 Jede Lieferung und Transportleistung ist, soweit sie bei der Abrechnung zugrunde gelegt werden muss, mit Wiegekarten bzw. Lieferscheinen nachzuweisen. Lieferbelege sind dem AG bei der Anlieferung der Baustoffe oder Bauteils sofort zur Quittierung vorzulegen. Später vorgelegte Lieferscheine und Wiegekarten werden nicht anerkannt Die Gewichtsachweise müssen folgende Angaben enthalten: Standort der Waage. Datum und Uhrzeit der Wägung. Name der Baustelle. Art des Wägegutes, Nummer des Wiegescheines, eingedrucktes Brutto- und Taragewicht, pol. Kennzeichen des LKW. sowie Unterschrift des vereidigten Wägers. Die Bauleitung behält sich das Recht vor, die Tonnenangaben der Wiegekarten durch eine nochmalige Überprüfung bei einer geeichten Waage im Stadtgebiet vornehmen zu lassen.

2.00 Erdarbeiten

Der Bieter hat damit zu rechnen, dass innerhalb der Baustrecke die verschiedensten Ver- und Entsorgungsleitungen angetroffen werden. Der Bieter hat sich über das Vorhandensein unterirdischer Leitungen zu unterrichten und evtl. Arbeiterschwernisse in den Einheitspreisen zu berücksichtigen. Lage und Verlauf ober- und unterirdisch verlegter Ver- und Entsorgungsleitungen müssen bei folgenden Stellen erfragt werden:

Stadtwerke Aachen AG. Lombardenstraße 12-22, 52070 Aachen Deutsche Telekom AG. Am Gut Wolf 3, 52070 Aachen EWV-Energie- u. Wasserversorgungs GmbH, Willy-Brandt-Platz 2 52222 Stolberg Stadtverwaltung. Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen, Koordinierungsstelle Abwasser Planungsamt, Verkehrsmanagement Bauverwaltung. Vertragsabteilung. TK-Leitungen, private Leitungen

3.00 Straßenbauarbeiten

Falls nicht besonders darauf hingewiesen, gelten für den normalen Stadtstraßenbau folgende Ausschachtungsbreiten für Bordsteine einschließlich Arbeitsraum, gemessen ab Vorderkante Bordstein

bis Profil	10/20 cm	= 35 cm
bis Profil	12/15/30 cm	= 40 cm
bis Profil	15/18/30 cm	= 45 cm
darüber hinaus		= 50 cm

4.00 Brandschutztechnische Anforderungen

Bei Beachtung der folgenden Punkte erübrigt sich die Einholung einer Stellungnahme der Feuerwehr zu den v.g. Arbeiten.

- 4.01 Sollte eine Straßensperrung oder Einbahnverkehrung erforderlich werden, so ist der Beginn und das Ende dieser Maßnahme der Feuerwehr, Tel. 9441-0 mitzuteilen.
- 4.02 Bei Straßensperrungen darf die Entfernung von befahrbaren Flächen bis zu Gebäuden mit Brüstungshöhen der notwendigen Fenster von weniger als 8.00 m nicht mehr als 50,00 m betragen. Zur Sicherung wirksamer Losch- und Rettungsmaßnahmen ist ein 2,00 m breiter Zugang erforderlich.
- 4.03 Bei Gebäuden mit Brüstungshöhen der notwendigen Fenster von mehr als 8,00 m muss statt des 2,00 m breiten Zuganges eine mindestens 4.50 m breite Zufahrt für die Drehleiter (18 to

Gesamtgewicht) verbleiben. Falls diese 4.50 m breite Zufahrt nicht verbleibt, darf die Baustelle nicht länger als 20 m sein, so dass die notwendigen Fenster bei 10,00 m Ausladung der Drehleiter erreichbar bleiben. Die jeweilige Lage der Baustelle (gerade und ungerade Haus-Nr.) ist der Feuerwehr mitzuteilen.

- 4.04 Eine Löschwasserversorgung aus den im Baubereich liegenden Hydranten muss jederzeit sichergestellt sein. Dies ist nicht erforderlich, wenn die Entfernung zum nächsten Hydranten nicht mehr als 100,00 m beträgt.

- 4.05 Vorhandene Zufahrten zu Grundstücken, die ggfs. von Feuerwehrfahrzeugen benutzt werden, müssen erhalten bleiben.

Anmerkung:

Die v.g. Anforderungen sind teilweise Kompromisse (insbesondere Ziffer 4.03), die nur für die Zeit der Arbeiten akzeptiert werden.

- 5.00 Sicherung der Arbeitsstellen und Regelung des Straßenverkehrs

- 5.01 Für die Durchführung von Bauarbeiten an öffentlichen Verkehrsflächen ist eine Verkehrsordnung gem. § 45 StVO erforderlich. Die Verkehrsordnung wird auf der Grundlage eines vom AN zu erstellenden Verkehrszeichenplanes durch den AG gebührenpflichtig erteilt.

- 5.02 Gemäß § 45 Abs. 8 StVO ist der AN zur Beschaffung, Anbringung, Unterhaltung und Entfernung der angeordneten Verkehrszeichen und -einrichtungen und zu deren Betrieb einschließlich ihrer Beleuchtung verpflichtet. Die hierfür entstehenden Kosten trägt der AN gem. § 5b des Straßenverkehrsgesetzes vom 19.12.1952 in der derzeit gültigen Fassung.

- 5.03 Alle vorhandenen, der Anordnung bzw. dem Verkehrszeichenplan entgegenstehenden Verkehrszeichen sind zu verdecken, sollte deren Entfernung notwendig sein, so darf dies nur im Einvernehmen mit dem Aachener Stadtbetrieb, E18/500 unter der Tel.: [0241/432-18938](tel:024143218938) oder -18939 erfolgen.

- 5.04 Es dürfen nur die in der StVO beschriebenen Verkehrszeichen und -einrichtungen verwendet werden. Sie müssen in einem ordnungsgemäßen Zustand sein und in einem solchen gehalten werden. Andere als die hier aufgeführten Verkehrszeichen und -einrichtungen dürfen nur auf Anordnung des AG's angebracht werden. Alle verwendeten Verkehrszeichen sind auf der Rückseite mit vollständiger Firmenanschrift einschließlich Telefonnummer zu kennzeichnen.

Auflage: Soweit der Stand der Bauarbeiten es erlaubt, ist die Baustelle außerhalb der Arbeitszeiten zu räumen. Die verkehrsbeschränkenden Verkehrszeichen und -einrichtungen sind dann soweit wie möglich zu entfernen.

- 5.05 Hinweise:

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Sonderrechte gem. § 35 StVO nicht für die Fahrzeuge der bauausführenden Firma gelten. Diese Anordnung beinhaltet nicht die Sondernutzungserlaubnis gem. § 18 des Straßen- und Wegegesetzes NW zur Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenraumes über den Gemeingebrauch hinaus. Genehmigungsbehörde ist für die Stadt Aachen das Bauverwaltungsamt. Bei der Einrichtung von baustellenbedingten Halteverböten sind die Schilder mit Zusätzen "wegen Bauarbeiten ab.....h" mindestens 72 Stunden vor Geltungsbeginn bei der Registrierung der dann vorhandenen Kfz aufzustellen. Sofern sich das Halteverbot auch auf einen abmarkierten (Z= 295 StVO) oder baulich angelegten Seitenstreifen beziehen soll, ist (Z= 1052-37 StVO unter den Z= 283 StVO) zu ergänzen.